

Landrat soll den Preis sehen

Finanzdirektor begrüsst Motion

Von Christian Horisberger

Liestal. «In jedem Einkaufsladen sind Preisangaben für ein Produkt Pflicht.» Das Parlament dagegen müsse sich allzu oft auf ungefähre Zahlen verlassen, die sich in der Praxis dann als zu optimistisch herausstellten, sagt Hanspeter Weibel. Das will der SVP-Landrat ändern. Er verlangt in einer Motion, jede Parlamentsvorlage mit einem «Preisschild» zu versehen – unter dem Siegel der Finanzdirektion. Diese soll jedes Geschäft vorprüfen und festhalten, welche finanziellen Folgen es habe. «Die Parlamentarier sollen genau wissen, welche finanziellen Auswirkungen es hat, wenn sie auf den grünen Knopf drücken» sagt Weibel. Das Finanzhaushaltsgesetz sei entsprechend zu ergänzen.

Aargau und Basel-Stadt würden die finanziellen Folgen eines Parlamentsbeschlusses vorgängig aufzeigen, sagt der Unternehmensberater. «Bei uns dagegen werden Hoffungsbudgets verabschiedet, die nicht die ganze Wahrheit abbilden.» Als Beispiel nennt er die Harmonisierungs-Vorlage. Für die Übernahme der Sekundarhäuser von den Gemeinden habe ein Betrag zwischen 110 und 180 Millionen im Raum gestanden. Effektiv hätten sie dann 196 Millionen gekostet. Und jetzt stünden Sanierungen im Umfang von 200 Millionen Franken im Raum. Das alles sei verharmlost worden.

Kein gutes Beispiel, findet Marc Joset (SP), Präsident der Finanzkommission (Fiko): Der genaue «Preis» eines derart komplexen Geschäfts lasse sich nie im Voraus beziffern. «Auch wenn wir es verlangt hätten – die Regierung hätte keine exakten Zahlen liefern können. Das weiss auch Herr Weibel.» Auch sonst hat Joset für dessen Vorstoss nicht viel übrig, weil er ins Leere greife: Bei grösseren Vorlagen werde den finanziellen Auswirkungen bereits heute ein Kapitel gewidmet. Überall sei dies aber schlicht nicht möglich.

«Ein Misstrauensvotum»

Dass jedes Geschäft zuhänden des Parlaments extra die Finanzdirektion durchlaufen muss, hält der Fiko-Chef schlicht für überflüssig: Jede Vorlage gehe durch die Gesamtregierung – dabei könne und solle sich auch der Finanzdirektor einbringen und mal «Halt!» sagen. Aus diesem Blickwinkel könne man den Vorstoss Weibels auch als Misstrauensvotum gegenüber Adrian Ballmer verstehen, folgert Joset.

Der sieht das anders: Das «Preisschild» sei «sehr wünschenswert und notwendig», sagt Adrian Ballmer. Für ihn gehöre es zu jeder Vorlage, dass man genau wisse, was sie koste, und dies fair und ehrlich kommuniziert werde. Freilich könne er im Mitherrichtenverfahren auf die finanziellen Konsequenzen hinweisen, so Ballmer weiter, doch geschrieben würden die Vorlagen von den Fachdirektionen. So bleibe offen, ob und wie deutlich diese Eingang in die Vorlage fänden.

Das Fricktal wird zum Boomvalley

Im Sisslerfeld setzt der Aargau auf Spitzentechnologie



Mehr Hightech. Aarau will dafür sorgen, dass sich bei Stein hochkarätige Firmen ansiedeln. Foto G. Thönen

Von Franziska Laur

Magden. «Das Fricktal ist geeignet als Hightech-Standort. Es ist eine Perle im Kanton Aargau», sagte Urs Hofmann, Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Inneres, am Wirtschaftsforum in Magden vom Donnerstag. Tatsächlich wird sich also die Hightech-Strategie des Kantons auf das Sisslerfeld bei Stein konzentrieren. Für die Umsetzung von Hightech-Aargau will der Regierungsrat in den kommenden Jahren 38 Millionen Franken aufwenden. Mit ihrer Pharmaindustrie boomt die Ebene des Fricktals am Rhein schon jetzt. Und anscheinend ist für expansionswillige Unternehmer der Umgang mit den aargauischen Behörden so angenehm und die Steuerrechnung so günstig, dass sie sich zunehmend auch aus dem Baselbiet entschliessen, ins benachbarte Fricktal zu zügeln.

Ein Tipp für die Baselbieter Regierung, damit Unternehmen auch wieder gerne in den Kanton Baselland ziehen? «Nicht so defensiv agieren», sagt Urs Hofmann. Doch der Kanton sei zurzeit so sehr mit sich selber beschäftigt, dass kaum Raum bleibe, um Strategien umzusetzen.

Gegen diese Aussage wehrt sich Thomas de Courten, Wirtschaftsförderer des Kantons Baselland. «Der Regierungsrat hat die Sache längst angepackt», sagt er. In den Bereichen Arealentwicklung, Standortmarketing und Innovationsförderung seien erste Resul-

tate sichtbar. So hätten sich beispielsweise neu drei Firmen in Pratteln angesiedelt. Kleinere zwar, doch mit grossem Wachstumspotenzial. «Wir stehen Aarau in nichts nach.» Und mit der Salina Raurica sei ein enorm grosses Gebiet in der Entwicklung.

Das stimmt, allerdings steckt diese Fläche zwischen Pratteln und Augst mit Baulandreserven von rund 60 Hektaren seit über einem Jahrzehnt auf der Planungsebene fest.

Sorgfältig mit Land umgehen

Und gerechterweise muss man hinzufügen, dass der Kanton Aargau aus einer Position der Stärke agieren kann. Seit Jahren schreibt er schwarze Zahlen und hat sogar eine Bilanzausgleichsreserve, die er in schlechteren Jahren anzapfen könnte. So kann er die Steuern tief halten und Förder- und Innovationsgelder einsetzen, um die Ansiedlungsbemühungen in richtige Bahnen zu leiten. «Wir haben vor allem im Fricktal noch grosse Reserven Industrieland», sagte Hofmann. Doch dieses sei endlich. Daher müsse man darauf achten, dass sich wertschöpfungsstarke Unternehmen ansiedeln. «Wir wollen nicht noch mehr Logistik- und Verteilzentren», sagte Hofmann.

Gemäss Hightech-Strategie des Kantons sollen im Sisslerfeld Unternehmen im Bereich Life Sciences, Hochschulen oder Innovation angesiedelt werden, die Arbeitsplätze und Entwicklung generieren. Anfang kom-

menden Jahres soll die Hightech-Zentrum AG gegründet werden, und sie wird mit Innovationspartnern wie Fachhochschulen, Paul Scherrer Institut, Uni Basel, ETH und anderen zusammenarbeiten.

Angst vor der Schere

Eingeladen zum Wirtschaftsgipfel hatte der Fricktal Regio Planungsverband. Präsident Hansueli Bühler sagte an der Podiumsdiskussion, dass er in den kommenden Jahren die grösste Gefahr beim Aufgehen einer Schere zwischen wohlhabenden und finanzschwachen Gemeinden sehe.

Auf Nachfrage von Jauslin im rund 200 Personen starken Publikum meldete sich Rolf Häusler, Gemeindeammann von Schwaderloch, zu Wort: ja, sie seien tatsächlich eine Gemeinde, die sich kaum etwas leisten könne und hohe Steuern erheben müsse. Besonders schmerzhaft: Schwaderloch liegt kaum zwei Kilometer vom Kernkraftwerk Leibstadt entfernt, profitiert aber von den reichlich fliessenden Gewinnsteuern mit keinem Rappen.

Hofmann betonte, dass das Gefälle zwischen Arm und Reich gemildert werden müsse: Doch da ja niemand anstrebe, dass die Gegend ärmer werde, bleibe die Möglichkeit, mit dem Finanzausgleich eine noch feiner ausgeklügelte Umverteilung wie bisher vorzunehmen. Eine andere Lösung sei, dass man mit Fusionen oder engerer Zusammenarbeit stärkere Gemeinden schaffe.

Nachrichten

Aescher Gemeinderat vor der Komplettierung

Aesch. Jetzt ist es offiziell: Eveline Sprecher (SP) wird wie erwartet anstelle von Silvia Büeler in den Gemeinderat nachrücken. Büeler hatte kurz nach den Sommerferien ihren Rücktritt erklärt. Noch offen ist, wer für Ivo Eberle (CVP), der ebenfalls seine Demission eingereicht hat, in den Gemeinderat einziehen wird. Erster Nachrückender auf der CVP-Liste ist Markus Lenherr. «Er wird sich bis Ende September überlegen, ob er das Amt wieder übernehmen will», sagt Parteipräsident Markus Gloor. Sollte Lenherr absagen, steht Heidi Häring als neue CVP-Gemeinderätin bereit. gs

Mehr Studienanfänger an der Fachhochschule

Brugg. Am kommenden Montag beginnen 3340 Personen ihr Studium an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW). Das entspricht einer Zunahme um 150 Personen oder 4,7 Prozent, wie die FHNW mitteilt. Insgesamt werden 9100 Personen an der FHNW studieren. Der grösste Teil der neuen Studierenden entfällt auf die Bachelor-Studiengänge, 655 starten mit einem anschliessenden Masterstudium. An der Pädagogischen Hochschule nehmen 850 Personen ein Studium in Angriff, dazu kommen 170 Quereinsteiger. Mit 458 Anmeldungen wird an der Hochschule für Technik ein neuer Höchststand erreicht, hier beträgt die Zunahme 13,6 Prozent. Sogar um 41 Prozent auf 130 steigt die Zahl der Anfänger am Studiengang Informatik.

Fahrzeug rammt parkierten Lieferwagen

Liestal. Ein unbekannter Lenker kollidierte an der Liestaler Hammerstrasse mit einem korrekt parkierten Lieferwagen. Die Kollision fand zwischen Donnerstagabend und Freitagmorgen statt, so die Polizei. Der Verursacher beging Fahrerflucht. Die Polizei sucht Zeugen.

Heftige Auffahrkollision vor Ampel

Muttenz. Am Donnerstag fuhr eine 65-jährige Autofahrerin bei einer Ampel auf der Rheinfelderstrasse in ein Fahrzeug, das vor ihr angehalten hatte. Wie die Polizei mitteilt, hatte sie das Bremsmanöver übersehen. Bei der heftigen Kollision wurde der 45-jährige Lenker des Wagens verletzt. Sein Fahrzeug musste abgeschleppt werden.

Neuer Stadtoberförster in Rheinfelden

Rheinfelden. Der Stadtrat hat Kurt Steck (51) aus Wölflinswil zum neuen Stadtoberförster gewählt. Er wird am 1. Januar 2013 Simon Ammann ablösen, der in die Forstbehörde des Kantons Zürich wechselt. Kurt Steck stammt aus einer Försterfamilie in Möhlin, ist Forstingenieur ETH und wirkt derzeit als Kreisförster des Forstkreises Jura-Fricktal, wo er für die Wälder im Unteren Fricktal zuständig ist.

Läng d Achs und gib im

uf em strich

Von Heiner Oberer

Bii öis z Sissech im «Strichcode» – das isch d «Begegningszone», wo alli chönne unfemuevwärche, wie sy wai – hets am Rand nooche wyssi Strich am Boode. Die sygge schyyns für die Blinde, as sii sich im Gnusch vo Auti, Welloo- und Döflifaarer, Buschiwäage und Fuessgänger besser z rächt finde. Iich haa doo so myyni Zwyyfel. Iich haa nämmlig no nie e Blinde in der «Begegningszone» gsee. Waas iich aber scho gsee haa, syy jungi Lüt, wo, wenn sii duur e «Strichcode» schlaarpe, all uf iir «Handy» stiere. As sii jetz aber nit allewyyli in öbber yynetschalpe, gönge sii ebe deene wysse Strich nooche – glaub iich ämmel.

**schlaarpe = schleppend gehen
all = immer**

SVP-Landrat will verhindern, dass der Bezirk Arlesheim den Restkanton in der Fusions-Frage überstimmt

Den Bezirken eine Stimme geben!

Von Georges Thüring*

Die Wiedervereinigungsfrage und die Simulation eines Kantons Basel beherrschen gegenwärtig die politischen Diskussionen in unserer Region. Dies hat auch die Landratsitzung am 6. September sehr deutlich gezeigt. Es ist zu befürchten, dass die Politik unseres Kantons in den nächsten Jahren damit regelrecht blockiert wird, obwohl sehr heikle Aufgaben zu lösen wären – zum Beispiel brauchen wir dringend eine nachhaltige Entlastung der Staatsrechnung und die Pensionskasse muss mit erheblichen Mitteln saniert werden. Im Weiteren braucht es eine neue, vor allem sinnvolle Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden – hier stellt sich zudem die Frage, welche Rolle unsere Bezirke künftig spielen sollen. Und schliesslich müssen wir unseren Wirtschaftsstandort weiterentwickeln und noch attraktiver für Betriebsansiedlungen machen. Die Lancierung der Fusions-Initiative oder die damit zusammenhängende Simulationsforderung haben bereits

zu einer spürbaren Verunsicherung im Volk und in den bevölkerungsschwächeren Gebieten unseres Kantons geführt. Es droht ein Auseinanderdriften zwischen dem in vielerlei Hinsicht dominanten Bezirk Arlesheim, also dem stadtnahen Speckgürtel, und dem ländlich geprägten Rest-Baselbiet. Viele haben die berechnete Sorge, dass

Ein Auseinanderdriften droht zwischen dem Speckgürtel und dem ländlichen Rest-Baselbiet.

der Bezirk Arlesheim mit seiner Stimmkraft, mehr als die Hälfte der kantonalen Stimmberechtigten lebt dort, dem Baselbiet eine Wiedervereinigung aufzwingen könnte. Ich meine, gerade bei der heiklen, letztlich vor allem emotionalen Wiedervereinigungsfrage müssen wir Sorge tragen, dass unser Kanton nicht entzweit wird. Es braucht staatspolitische Mechanismen, die eine einseitige

Dominanz verhindern und eine allfällige Zustimmung zu einer Fusion breiter abstützen. Mit einem parlamentarischen Vorstoss will ich deshalb erreichen, dass für Abstimmungen, welche die Stellung und die Gliederung des Kantons Basel-Landschaft betreffen, zusätzliche Entscheidungsparameter festgelegt werden. Das heisst konkret, dass bei Abstimmungen, die eine Veränderung des Kantonsgebietes zur Folge haben oder die eine Zusammenlegung (Fusion) mit einem anderen Kanton (z.B. mit Basel-Stadt) oder mit mehreren anderen Kantonen (z.B. zu einem Kanton Nordwestschweiz) zum Gegenstand haben, nicht mehr nur die Mehrheit der gültigen Stimmen erforderlich ist, wie das heute der Fall ist. Inskünftig soll hier auch die Zustimmung von mindestens drei der insgesamt fünf Bezirke erforderlich sein. Damit stärken wir die Bezirke und relativieren die Dominanz des Bezirks Arlesheim zugunsten der Einheit und des Zusammenhalts des Baselbiets. Eine solche Bestimmung macht natürlich nur dann Sinn, wenn sie vor

der Fusions-Initiative behandelt und hoffentlich durch das Baselbieter Volk in Kraft gesetzt wird. Die Zeit drängt und aus diesem Grunde verlangte ich die Dringlichkeit, welche mir aber weder von Regierung und Landrat zugestanden worden ist. Ich bestreite nicht, dass die von mir verlangte Regelung – ähnlich dem Ständemehr – staatsrechtlich komplex ist. Umso mehr darf die Behandlung meines Vorstosses nun nicht auf die lange Bank geschoben werden. Nachdem es völlig offen ist, wann der Landrat über die Überweisung an den Regierungsrat entscheiden wird, sehe ich mich deshalb genötigt, parallel eine Volksinitiative gleichen Inhalts vorzubereiten – getreu dem Motto «Doppelt genäht hält besser!».



* Georges Thüring ist SVP-Landrat und wohnt in Grellingen.